

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Schulplätze in Zusammenarbeit mit freien Trägern schaffen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zusätzliche Schulplätze in Zusammenarbeit mit Schulen in freier Trägerschaft zu schaffen. Hierbei soll auf das Angebot der Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft Berlin (AGFS) vom 24. Oktober 2019 eingegangen werden, sodass die darin in Aussicht gestellten kurzfristig realisierbaren Schulplätze möglichst schon zum kommenden Schuljahr 2020/2021 genutzt werden können und auch die weiteren 1930 Plätze bis 2025 umgesetzt werden. Im Gespräch mit der AGFS soll festgelegt werden, zu welchen Konditionen der Zugriff auf die Mittel zur Schulerweiterung erfolgen kann und wie Schulneugründungen erleichtert werden können (Vgl. Forderungen der AGFS). Priorität soll hierbei die Sicherung von Schulplätzen haben, damit alle Berliner Schülerinnen und Schüler sowohl zum Schuljahr 2020/21 als auch darüber hinaus einen Schulplatz erhalten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung

Die Berliner Bildungskrise ist nicht zuletzt auch eine Schulplatzkrise. Die vom Senat angekündigte Schulbauoffensive ist bis heute nicht viel mehr als ein vollmundiges Versprechen, dessen Umsetzung Rot-Rot-Grün bisher schuldig geblieben ist. Sowohl der Neubau von Schulen als auch dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen kommen nur schleppend voran. Gleichzeitig

fehlen bei steigenden Schülerzahlen bereits in den kommenden zwei Jahren tausende Schulplätze. Schulartenübergreifend wird ein rechnerisches Schulplatzdefizit von 9505 Plätzen für das Schuljahr 2021/22 prognostiziert (Vgl. Pressemitteilung des Senats vom 28. Januar 2020 zum 4. Bericht zum Maßnahmen- und Finanzcontrolling zum Schulbauprogramm des Landes Berlin). Dass sich Bezirke mittlerweile hilferufend in Brandbriefen an die Schulleitungen wenden, weil sie sich vom Senat nicht ausreichend unterstützt fühlen, ist ein weiterer Ausdruck verfehlter Regierungspolitik, der ein sofortiges Handeln erfordert. Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine Beschleunigung der Schulbauvorhaben sowie dringend erforderlicher Sanierungsmaßnahmen ein.

Die Schulbauoffensive des Berliner Senats richtet sich an öffentliche Schulen und schließt Schulen in freier Trägerschaft, die ebenfalls Teil der Berliner Bildungslandschaft sind, von den Neubau- und Sanierungsprogrammen aus. Das von den Schulen in freier Trägerschaft vorgelegte Angebot zur Schaffung von rund 3000 zusätzlichen Schulplätzen kann jedoch zur Lösung der Schulplatzkrise einen erheblichen Beitrag leisten. Dass die Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft Berlin die Initiative ergriffen hat und dem Senat ein eigenes Angebot zur Behebung des Schulplatzmangels vorgelegt hat, zeigt beispielhaft die Versäumnisse rot-rot-grüner Schulbaupolitik. Umso wichtiger ist es nun, dass sich der Senat ohne weiteren Zeitverlust mit den Forderungen auseinandersetzt, um das Potenzial neuer Schulplätze auszuschöpfen und sicherzustellen, dass sowohl zum kommenden Schuljahr als auch darüber hinaus alle Berliner Schülerinnen und Schüler einen Schulplatz erhalten. Die offensichtlich noch immer bestehenden Vorbehalte des Senats gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft zeigen sich beispielhaft auch bei der Verabschiedung der Förderrichtlinie beim Digitalpakt, die für die freien Träger noch immer nicht verabschiedet wurde.

Berlin, 3. März 2020

Dregger Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU